



Susanne Schneider

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Susanne Schneider • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4458
Fax: (0211) 884-3658
E-Mail: susanne.schneider-mdl
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen:

Düsseldorf, 02.08.2012

Pressemitteilung

Schwarz-Gelb entlastet Kommunen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrer letzten Kabinettsitzung einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem der Bund die Kommunen bei den Kosten der Grundsicherung entlastet. „Mit der heutigen Entscheidung zur beschleunigten Übernahme der kommunalen Kosten für die Grundsicherung im Alter stellt die FDP erneut ihre Kommunalfreundlichkeit unter Beweis“, erklärt die heimische Landtagsabgeordnete Susanne Schneider. Noch nie habe es eine Bundesregierung gegeben, die den finanziell notleidenden Städten und Gemeinden so weit entgegengekommen sei, wie die derzeitige Koalition aus FDP, CDU und CSU. Vielmehr seien vor allem rot-grüne Bundesregierungen bisher eher den umgekehrten Weg gegangen und hätten den Kommunen ohne Kostenausgleich zusätzliche Aufgaben aufgebürdet. Ein Großteil der heutigen kommunalen Soziallasten sei auf die mangelnde Kostenübernahme bei den rot-grünen Hartz-IV-Reformen zurückzuführen. „Schwarz-Gelb hilft den Städten und Gemeinden, indem ein Teil dieser kommunalen Hartz-IV-Lasten wieder zurückgenommen wird“, sagt Schneider.

Nun müsse sichergestellt werden, dass die beschlossenen Bundeshilfen auch tatsächlich auf der kommunalen Ebene ankommen. Dies gelte sowohl für eine entsprechende Weiterleitung durch die Länder als auch für die Lastenverteilung innerhalb der kommunalen Familie. „Als Oppositionsfraktion in NRW werden wir ein wachsames Auge darauf haben, dass die zugesicherten Entlastungen auch tatsächlich auf der Gemeindeebene ankommen. Das von der FDP gemeinsam mit den Regierungsfractionen eingebrachte Umlagengenehmigungsgesetz ist hierzu ein wichtiger Schritt“, sagt Schneider.

Auch wenn der Kreis Unna Kostenträger dieser Leistung ist, erwartet die FDP-Landtagsabgeordnete, dass sich diese Entlastung auch für die Städte und Gemeinden im Rahmen der Kreisumlage sichtbar zeigen wird. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter sind in Schwerte in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Im Jahr 2011 betragen sie 1,96 Millionen Euro. Im Jahr 2008 musste mit 1,64 Millionen Euro weniger aufgewendet werden.